Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

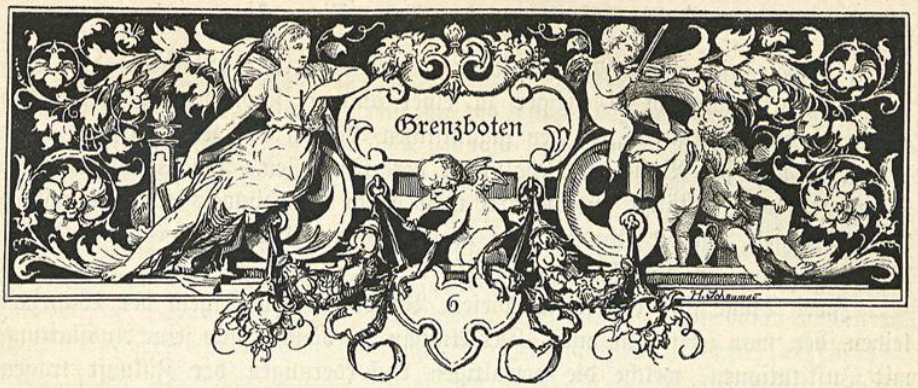
Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Inkonsequenz des Fürsten Bismarck.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library



Die Inkonsequenz des Fürsten Bismarck.

Der Gegensatz, in welchen der Reichskanzler gedrängt worden ist, nicht zum Liberalismus, sondern zu derjenigen Generation liberaler Parlamentarier, welche bis jetzt allein das Augenmerk der liberalen Wähler auf sich zu lenken gewußt hat, wird immer heftiger. Dies zeigt sich auch in dem unruhigen Wechsel der Waffen, nach denen die Gegner des Fürsten greifen. Das Gespenst einer aus Absolutismus, Feudalismus und Jesuitismus zusammengesetzten Reaktion hat man längst ausgemalt, aber es hat kaum einen Tag seine Wirkung gethan. Dann kam die Diktatur, die Allgewalt des einen Mannes, die Stellung eines major domus im fränkischen Recht, die Knechtung der Krone durch den Ministerabsolutismus, und wie die Kunstausdrücke alle lauten. „Wir wollen von den Hohenzollern regiert sein!“ rief Herr Eugen Richter in einer Berliner Wählerversammlung unter ungeheuerm Beifall. Darauf hat der Kaiser in der unvergeßlichen Botschaft vom 17. November das ganze Gewicht seiner ehrwürdigen Persönlichkeit für die Wege der innern Politik, namentlich für die Sozialreform eingesetzt, und nachher durch den Erlaß vom 4. Januar in seiner schlichten königlichen Weise die Mähr zerstreut, welche mit erstaunlicher Dreistigkeit der Fortschritt ausgerufen, als trügen die Hohenzollern die Namensherrschaft der gefangenen Merowinger. Dieses Eintreten des Kaisers für die vom Fortschritt bekämpften Maßregeln hat den letztern nicht wenig erbittert. Er hatte nach der Hand des Kaisers in unehrerbietiger Weise gerufen, und nun diese Hand sich zeigt, klagt er über den Mißbrauch der königlichen Würde, welche in unnahbarer Höhe und unerschütterlicher Neutralität verharren müsse. Unglaublich ungeschickt suchte man die Waffe, die man in der Behauptung gefunden zu haben glaubte, der Minister dränge den König zurück, schleunigst mit der entgegenge-

setzten zu vertauschen, der Minister flüchte hinter die Krone. Nachdem dies mißlungen, kehrt man um so eifriger zu einer andern, schon vorher gelegentlich erhobenen Anklage zurück, zu den gigantischen Plänen des Kanzlers, die alles verwirren und jede Basis der Möglichkeit verlassen sollen. Die Furcht, die man so erregen will, bestätigt und bestärkt man durch den Hinweis auf den beständigen Wechsel, auf die Überstürzung in den Plänen des Kanzlers, von denen der neueste nie den Vorgänger ausreifen lasse.

Zwei Dinge sind es, welche diesem Vorwurf einen Schein der Wahrheit leihen, den man zerstreuen muß. Der Aufbau des Reiches und seine Ausstattung mit Institutionen, welche die gewaltigen Anforderungen der Zukunft tragen können, ist eine Aufgabe, deren Größe und Vielseitigkeit einen gewöhnlichen Geist wohl erschrecken kann. Jeder einzelne Teil derselben hat die mannigfaltigsten Beziehungen zum Ganzen, die man, um die verschiedensten Elemente zu überzeugen und zu gewinnen — denn die Aufgabe wird nicht von einer absolutistischen Regierung gelöst —, im Tagesstreit abwechselnd hervorheben muß. Dies läßt sich fälschlich als ein Wechsel der Grundansicht darstellen, ohne es im mindesten zu sein. Allein die Gegner haben hier noch eine wirksamere Waffe als ihre eignen Fälschungen. Es kann von ihnen die großartige Wahrheitsliebe des Fürsten ausgebeutet werden, der zwar im diplomatischen Spiel sich nicht die Kenntnis der geringsten Thatsache entreißen läßt, auf welche kein Gegner Anspruch hat, der aber in Bezug auf seine Person nicht den kleinsten Flitter falschen Glanzes duldet. So liebt es der Fürst zu wiederholen, daß er nicht zu denen gehöre, die nicht nötig haben zu lernen, daß er irren könne und öfters geirrt habe. Ein solches Bedürfnis, in Bezug auf persönliche Autorität nur im vollen Lichte der Wahrheit dazustehen, kann verfänglich werden. Wie unrecht haben doch diejenigen, welche dem Fürsten nachsagen, er treibe die innere Politik nach den Regeln des Kriegs! Im Kriege ist es geboten, den Feind über unsre Stärke und Unfehlbarkeit zu täuschen. Man möchte wünschen, daß der Fürst diesem Gebote seinen parlamentarischen Feinden gegenüber nachlebte, sogar um der Wahrheit willen. Keine Wirkungen sind so zähe wie die der Selbstverleumdung. In einem Anfall von solcher Demut vor der Wahrheit hat Lessing den Deutschen erzählt, er sei kein Dichter, sondern ein mühsamer Verstandesklügler, und sie haben es ihm bis heute geglaubt.

Wer den Versuch macht, mit der Unbefangenheit eines künftigen Historikers die politische Thätigkeit des Fürsten Bismarck zu überblicken, der bewundert die gegenüber dem Gedränge der zusammengesetztesten Aufgabe stets im Auge behaltene Folgerichtigkeit eines großen Planes ebenso wie die Sicherheit, mit der die richtigsten Mittel im einzelnen von Anfang an ergriffen worden. Verfolgen wir dies ein wenig in Bezug auf seine innere Politik.

Die Zollreform von 1879 bietet ein Mittel unerschöpflicher Anklage auf eine jähe, unvermittelte, oberflächliche oder gar durch Nebenzwecke herbeigeführte

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Bekehrung zu einem entgegengesetzten System. Der Fürst hat seinerseits mehrmals das Geständnis abgelegt, daß ihm bis dahin die Fragen der Handelspolitik verhältnismäßig fremd gewesen, daß er, von auswärtigen Dingen überwiegend in Anspruch genommen, sich auf den Präsidenten des früheren Bundeskanzleramtes, nachmals Reichskanzleramtes verlassen habe — ein ergiebiger Stoff zur Verdächtigung. Denn wie bequem läßt sich nun der schnelle Erwerb selbständiger Einsicht anzweifeln, wie bequem der Tadel übernommener Verantwortung für eine falsche Politik von großer Tragweite begründen. Aber man kommt zu solchen Anklagen nur durch die unbillige, wahrheitswidrige Ausbeutung vereinzelter Äußerungen. Als der Kanzler den eignen Blick auf die Handelspolitik wandte, begriff er die Notwendigkeit eines neuen Weges. Aber die frühere Leitung trifft darum nicht der Vorwurf, daß sie falsche Wege gegangen, sondern nur der Vorwurf, die Notwendigkeit eines andern Weges nicht im rechten Moment begriffen zu haben. Keine Regierungsthätigkeit steht so unter dem Gebote der Opportunität wie die Handelspolitik. Als Napoleon III. den Handelsvertrag mit England geschlossen, dem eine ganze Reihe ähnlicher Verträge folgten, auch ein solcher zwischen dem damaligen Zollverein und Frankreich, wäre es sehr unrichtig gewesen, sich dieser europäischen Bewegung zu widersetzen. Sie trieb zu einem Experiment, dessen Ergebnis man abwarten mußte. Als aber bei dem herannahenden Ablauf der Handelsverträge allgemein die Lust zur Erneuerung schwand, wäre die isolirte Fortsetzung der Freihandelspolitik ebenso pflichtwidrig gewesen wie früher die isolirte Ausschließung von derselben. Der Fehler der deutschen Handelspolitik war, daß unter Führung der Minister Camphausen und Delbrück, auch nachdem der Krieg von 1870 den deutsch-französischen Handelsvertrag auf die Meistbegünstigungsklausel reduzirt hatte, unsrerseits immer noch einseitig Zölle herabgesetzt wurden. Aber der europäische Umschwung war es nicht allein, der das Verharren auf der Freihandelsbahn selbstmörderisch machte. Es kam die ganz neue Erscheinung der Einfuhr amerikanischer und russischer Getreidemassen hinzu, welche dem deutschen Ackerbau die Lebensbedingungen zu entziehen drohte; es kam die wirtschaftliche Niederlage nach dem Taumel der ersten siebziger Jahre hinzu. So war die Zollreform von 1879 nicht das Produkt einer plötzlichen Bekehrung gegenüber unveränderten Thatsachen, sondern das Produkt der rechtzeitigen Würdigung einer kolossalen Veränderung der Thatsachen. Möchte doch jeder patriotische und wahrheitliebende Mann in Deutschland sich diesen Umstand deutlich vor Augen halten, um das Verdienst des Mannes nicht zu verkennen, der den Mut und die sichere Erkenntnis hatte, die verderblichen Folgen veränderter Weltverhältnisse im rechten Augenblick von uns abzuwenden.

Ein andrer ergiebiger Stoff zum Vorwurf der Inkonsequenz ist der Kulturkampf. Die Jahrgänge der Maigesetzgebung, welche das Rüstzeug dieses Kampfes bilden, sind entstanden aus der Wahrnehmung, daß die unter den bis Anfang der siebziger Jahre geltenden Verfassungsbestimmungen immer zunehmende Macht

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

des römischen Klerus sich mit den auf Wiederauflösung der Reichsschöpfung gerichteten politischen Bestrebungen verband. Der Wege, die reichsfeindliche Stellung des römischen Klerus zu ändern, lagen von Anfang mehrere offen. Der Minister Falk machte zum Mittelpunkte der von ihm entworfenen Gesetze den wohlberechtigten Gedanken, die Entfremdung des römischen Klerus von der nationalen Geistesbildung zu beseitigen. Der Minister konnte nicht wissen, daß Rom und sein Klerus lieber die Seelsorge im katholischen Deutschland veröden lassen als jene Forderung erfüllen würden. Darin, daß ersteres geschah, besteht der Kulturkampf, in dem passiven Widerstande der katholischen Geistlichkeit gegen die Anforderung der Maigesetze. Daß man, auf der Falkschen Gesetzgebung beharrend, Rom früher oder später hätte können zum Nachgeben bewegen, braucht nicht bezweifelt zu werden. Aber der Staatsmann, der auf diesem Wege zum Ziele gelangen wollte, hätte eine einmütigere Unterstützung behalten, namentlich eine rüstigere Gestalt der evangelischen Kirche zur Seite haben müssen, als Fürst Bismarck beides fand. Wir stoßen hier auf ein Kapitel, dessen Ausführung besser der Zukunft überlassen bleibt. Aber der Gedanke drängte sich auf, ob es nicht richtig sei, nach des Kanzlers Wort denselben Faden, aber von einer andern Nummer, weiter zu spinnen; ob man den weit aussehenden Gedanken, die Feindschaft des Klerus durch Veränderung der Erziehung abzustellen, nicht vertauschen solle mit dem Gedanken, die politische Neutralität des Klerus, bei staatlicher Nachgiebigkeit in Wiederherstellung der Seelsorge, durch den Papst herbeizuführen, ohne sich der Mittel zu berauben, den alten Weg zu betreten, wenn der neue sich als Irrweg erweisen würde. Inkonsequenz ist nicht zu finden, wenn die Wege vervielfältigt werden, wo das Ziel die Hauptsache ist.

Zu den elementaren Lebensbedingungen jedes Staates gehört eine Steuerverfassung, deren Erträge wachsen mit den steigenden Staatsbedürfnissen, welche in der Regel dem Wachstum der Gesellschaft selbst parallel laufen müssen. Auch darf die naturgemäße Zunahme des Steuerertrags nicht gehemmt werden durch eine in der Anlage verfehlte Erhebungsform. Fürst Bismarck erkannte diese Lebensbedingungen des Reiches bereits, als er nur erst die Grundlagen des letztern durch den Norddeutschen Bund und durch das Zollparlament gelegt hatte. Schon im Jahre 1869 forderte er indirekte Bundessteuern, und auf seinen Betrieb legte der preußische Finanzminister v. d. Heydt eine Anzahl Steuerentwürfe in diesem Sinne vor. Sie wurden mit einer Fülle von Hohn und Superklugheit zurückgewiesen. Es war das erste unvorsichtige Rütteln der Liberalen an dem auf Grund der Erfolge von 1866 und auf dem Boden der nationalen Idee mit dem Kanzler geschlossenen Bunde. v. d. Heydt trat zurück, ihm folgte Camphausen, der sich zunächst durch Aufhebung des Tilgungsverfahrens der Staatsanleihen zu helfen wußte. Dann kam der französische Krieg mit der Frucht der Milliarden. Wenn der deutschen Finanzpolitik Versäumnisse und Fehler vorgeworfen werden können, so sind dieselben bei der Verwendung der Milliarden

begangen worden. Es waren leider die Jahre, wo die Sorgen der auswärtigen Politik den Kanzler gebieterischer als in irgend einer andern Zeit in Anspruch nahmen. Aber hätte er sich auch der Finanzpolitik widmen können, so hätte er das richtige nur in hartem Kampfe mit den Ministern Camphausen, Delbrück und dem liberalen Parlamentarismus durchsetzen können. Dem Kanzler lag in jenen Jahren alles an der Bewahrung des patriotischen Aufschwunges und der innern Eintracht. Davon gab er den stärksten Beweis bei dem Militärgesetz von 1874, wo er den auf jährliche Bewilligung der Aushebungsziffer dringenden Reichstag hätte auflösen und bei der damaligen unzweideutigen Volksstimmung ein anderes Parlament hätte erhalten können. Vom Krankenlager aus vermittelte damals der Kanzler und bewirkte das erste Septennat, ein Opfer, das ihm der Liberalismus schlecht gelohnt hat. Denn als der Kanzler im Herbst des folgenden Jahres wiederum die Begründung einer Reichssteuerverfassung, anstatt der in jeder Hinsicht nachteiligen Matrikularbeiträge, anregte, wurde die bloße Ankündigung dieses Gedankens als Konfliktsdrohung behandelt, so daß der Kanzler bei seinem ersten Erscheinen vor dem damaligen Reichstage versichern mußte, die Abgeordneten könnten die Steuervorschläge in völlig konfliktfreier Situation nach ihrem pflichttreuen Ermessen behandeln. Das thaten die Herren, indem sie alles ablehnten. Unter Herrn Richters Führung wurde das bereits vorhandene Defizit durch Aufzehrung eines Bestandes nach dem andern verdeckt, bis man eben keinen Bestand mehr hatte. Im Jahre 1879 konnte man sich endlich der Notwendigkeit, selbständige Reichseinnahmen durch Finanzzölle zu schaffen, nicht mehr entziehen; das heißt, was alle andern nicht konnten, konnte der Fortschritt, aber er war in der Minorität. Indes was der Reichstag 1879 bewilligt hatte, war nur der Anfang zu einer Steuerverfassung, wie sie das Reich bedarf. So hat der Kampf um dieses Fundament, ohne welches der neue Reichsbau zusammenbrechen muß wie einst der Bau des alten Reiches, seinen Fortgang nehmen müssen. Theoretisch ist der Kanzler unter unsäglicher Mühe ein gutes Stück weiter gekommen. Niemand wagt mehr, ernstlich einer Erhöhung der direkten Steuern das Wort zu reden, während vor zehn Jahren noch das Projekt einer direkten Reichseinkommensteuer erörtert und Propaganda für dasselbe auf Wanderversammlungen gemacht wurde. Man begnügt sich jetzt, das weitere Bedürfnis zu leugnen. Als ob der deutsche Staat und die deutsche Gesellschaft für ihre Lebensentwicklung nicht eine Reihe von unerläßlichen Aufgaben vor sich sähen, welche große Geldmittel erfordern! Wenn nun der öffentlichen Meinung von diesen Aufgaben bald die eine, bald die andre zum Bewußtsein gebracht wird, bald die Entlastung der Gemeinden, bald die Sorge für die notleidenden Klassen, bald die Erhöhung des Gehaltes der Staatsbeamten — und man könnte noch eine ganze Reihe ebenso unumgänglicher Aufgaben aufzählen —, so soll auch dies zu einem Wechsel der Pläne gestempelt werden. Diese Zwecke erfordern sämmtlich Befriedigung. In welcher Folge, das muß

sich aus den Erfolgen der Steuerreform und aus dem Schritt der gesunden Entwicklung des Volkswohlstandes ergeben. Aber keinen dieser Zwecke könnte man für immer vernachlässigen, ohne die Nation in ihrer Kraft zurückzubringen und in ihrem harmonischen Organismus zu stören. Bei dem Kampfe für die Finanzpolitik ist keine Inkonsequenz, sondern eher eine zu rasche Enthüllung der Konsequenzen hervorgetreten.

Wir erwähnen kurz die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Im Frühjahr 1876 regte Fürst Bismarck den Plan an, zunächst in der Form, daß die preußische Regierung durch ein Gesetz ermächtigt werden sollte, über die Abtretung ihrer Staatsbahnen an das Reich zu verhandeln. Der Gesetzentwurf wurde angenommen, obwohl Herr Richter ihn mit dem Argument bekämpfte, zur Verstaatlichung der Eisenbahnen müsse man einen Eisenbahn-Bismarck haben. Wirksamer als Richters Widerstand war der des Finanzministers Camphausen, welcher es nicht einmal zur Ermittelung des Wertes der preußischen Staatsbahnen kommen ließ. Ostern 1878 war dieser Widerstand mit Camphausens Rücktritt gebrochen. Aber die Idee des Reichseisenbahngesetzes war inzwischen durch den Trieb der Bundesstaaten, sich jeder seiner Eisenbahnen zu bemächtigen, vereitelt. Es konnte nur die Verstaatlichung der preußischen Bahnen durch den preußischen Staat erfolgen. Da sie dem Staate bereits jetzt einen Überschuß von dreißig Millionen Mark einbringt, so wird die Maßregel wohl nie wieder von einem Finanzminister bekämpft werden, sondern höchstens noch von den Vertretern der Privatinteressen prosperirender Eisenbahnen, oder auch zum Schein von den Vertretern nicht prosperirender Eisenbahnen, denen an hohen Verkaufspreisen gelegen ist.

Wir kommen zur Sozialreform. Hier hat der Kanzler wiederholt erklärt, daß er nur die ersten Steine eines Generationen erfordernden Baues legen könne, und der Kaiser hat in der Botschaft vom 17. November erklärt, daß er sich zu der Anregung dieser Reformen ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Erfolg vor Gott und Menschen verpflichtet halte. Aber auch bei der Legung des ersten Steines eines so schwierigen Baues hat sich die glückliche Hand des Kanzlers bewährt. Ob die Versicherung in ihren verschiedenen Zweigen der richtige Ausgang für eine dauernde Verbesserung des Looses der arbeitenden Klassen werden könne, wurde noch bei dem Antrage, den der Abgeordnete Stumm über die Bildung von Vereinen nach dem Muster der bergmännischen Knappschaften im Jahre 1879 gestellt hatte, überwiegend bestritten. Seitdem der Reichskanzler den Unfallversicherungsentwurf vom Frühjahr 1881 vorgelegt hat, findet der Gedanke, die Versicherung und sogar den Versicherungszwang als Ausgangspunkt zur Hilfe für die arbeitenden Klassen zu nehmen, unaufhaltsam Verbreitung, und die liberale Partei selbst hat, unterstützt von allen ihren Fraktionen, einen Gegenentwurf eingebracht, der dem Bismarckschen Entwurfe den Versicherungszwang entlehnt, im übrigen freilich die Idee in einer Weise aus-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

führt, wodurch sie unbrauchbar wird. Aber einen großen Triumph glauben die Liberalen über den Kanzler gefeiert zu haben, als er mit seiner gewöhnlichen Offenheit erklärte, daß er von dem Gedanken einer Centralversicherungsanstalt ablasse. Als ob er damit seinen Grundgedanken aufgegeben hätte, als ob die einheitliche Versicherungsanstalt nicht wieder erschiene in der unentbehrlichen Kontrolle über die zu bildenden Zwangsgenossenschaften oder Versicherungskorporationen.

Es sei der Widerlegung genug, aber die Frage sei erlaubt: Wie verhält es sich mit der Konsequenz der Ankläger, die so viel von der Inkonsequenz des Fürsten Bismarck wissen?

Alles für das Reich! rufen die Liberalen. Aber keinen Pfennig dauernder Einnahme über das Existenzminimum hinaus, damit das Reich alljährlich dem Schwanken mißwollender oder kurzsichtiger Majoritäten preisgegeben sei. Der Schutzzoll ist ein Unheil! rufen die Liberalen. Aber sie erklären, vorläufig sei die Zollreform nicht zu bekämpfen; die Nationalliberalen erklären ihre Beibehaltung sogar für eine offene Frage. Jedes Entgegenkommen gegen Rom ist ein Gang nach Canossa! rufen die Liberalen. Aber sie erklären die Maigesetzgebung für revisionsbedürftig, welche die Regierung behalten will, sie stimmen zum größten Teil mit Windthorst für die Aufhebung des Gesetzes gegen die widerrechtliche Anmaßung kirchlicher Ämter. Die Eisenbahnverstaatlichung giebt dem Staate viel zu große Macht! rufen die Liberalen. Aber sie gestehen, daß die Konsolidation der Eisenbahnen unaufhaltsam und in jeder andern Hand schädlicher sei als in der des Staats. Der ernste Versuch, die arbeitenden Klassen wenigstens in der Sicherheit der Existenz den übrigen Teilen der Gesellschaft gleichzustellen, ist ein gigantischer, ausschweifender Gedanke! rufen die Liberalen. Aber bevor die Hand an dieses Werk gelegt war, mahnten sie jeden Tag an das bei dem Sozialistengesetze von 1878 gegebene Versprechen, auf positive Heilung der Schäden Bedacht zu nehmen, und der Fortschritt höhnte, daß dieses Versprechen für immer ein leeres bleiben werde.

Dem geschlagenen Konsul votirte nach der Schlacht bei Canä der römische Senat den Dank, weil er am Vaterlande nicht verzweifelt habe. Im heutigen Deutschland sollten alle Männer, die sich ein klares Urteil bewahren, einem Staatsmanne den Dank votiren, der, von Erfolg zu Erfolg schreitend, an einem Vaterlande nicht verzweifelt, das ihm jeden neuen Schritt mit Widerstand, Verdächtigung und Schmähung unmöglich zu machen seine ganze Leidenschaft aufbietet.